

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 08.09.2015

Tarifflicht verhindern - Arbeitsplätze bei Madsack in Hannover-Kirchrode erhalten!

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Mit großer Sorge sieht der Landtag die derzeitige Entwicklung bei der Madsack Mediengruppe in Hannover.

- Die Madsack Mediengruppe beabsichtigt, zum Ende des Jahres 2016 ihre Druckerei in Hannover-Kirchrode zu schließen. Bis zu 170 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verlieren dann dort ihren Job und sind unmittelbar von Arbeitslosigkeit bedroht.
- Die beabsichtigte Verlagerung der Druckaufträge an eine Fremdfirma ist ein Fall von Tarifflicht, denn das Unternehmen, welches zukünftig die Druckaufträge abwickeln soll, ist nicht tarifgebunden.
- Die Madsack Mediengruppe mit Hauptsitz in Hannover betreibt einen der größten Zeitungsverlage in Norddeutschland und hat neben der Verantwortung für alle Standorte gerade für die niedersächsischen Standorte nicht zuletzt eine besondere beschäftigungspolitische Verantwortung. Entsprechend seiner wirtschaftlichen Stärke muss ein Unternehmen diese Verantwortung auch wahrnehmen.
- Die Druckerei in Hannover-Kirchrode wäre nach einigen Investitionen durchaus in der Lage, noch mehrere Jahre wirtschaftlich Zeitungen zu drucken. Würde die Madsack Mediengruppe den Betrieb der Druckerei in Hannover-Kirchrode noch für etwa fünf Jahre aufrechterhalten, so könnten nach Einschätzung des Betriebsrates für die Mehrheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sozialverträgliche Lösungen über Ruhestand oder Altersteilzeit gefunden werden.

Der Landtag fordert die Madsack Mediengruppe auf,

1. alles Erdenkliche zu tun, was geeignet ist, die beabsichtigte Schließung und Auslagerung der Druckerei in Hannover-Kirchrode zu verhindern,
2. insbesondere durch Modernisierungen und Auftragsverlagerungen den Fortbestand der Druckerei in Hannover-Kirchrode zu sichern. Zu nennen ist hier beispielhaft der Druck eines knappen Dutzends Anzeigenblätter, die nach den bisherigen Plänen ebenfalls bei einer nicht tarifgebundenen Druckerei hergestellt werden sollen. Das allein würde - eine Modernisierung des Maschinenparks in Hannover-Kirchrode vorausgesetzt - wöchentlich eine Druckauflage von über zwei Millionen Zeitungsexemplaren bedeuten und den Bestand der Druckerei in Hannover-Kirchrode, nach Ansicht beispielsweise des Betriebsrates, sichern,
3. im Falle des Abschlusses eines Sozialplanes dafür Sorge zu tragen, dass diejenigen Arbeitsplätze, die aufgrund der Fremdvergabe von Druckaufträgen bei Dritten neu entstehen, vorrangig an bisherige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Druckerei in Hannover-Kirchrode vergeben werden.

Der Landtag fordert die Anteilseigner der Verlagsgruppe Madsack, insbesondere den größten Anteilseigner, die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (DDVG), auf,

1. sich ihrer Verantwortung als Medienbeteiligungsgesellschaft der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) bewusst zu werden und

2. nicht weiter mitzuwirken „an einem auf Tariffucht abzielenden Geschäftsmodell, während die SPD aus guten Gründen stets genau davor warnt und Tariftreue einfordert“, wie es der SPD-Landesvorsitzende und Niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil in seiner Pressemitteilung vom 30. Juni 2015 formuliert.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. den Dialog mit der Verlagsgruppe Madsack, den Betriebsräten und den Gewerkschaften mit dem Ziel zu beginnen, dass die Druckerei in Hannover-Kirchrode erhalten bleibt,
2. über die sie tragenden Parteien ihren Einfluss insbesondere bei den Anteilseignern der Madsack Mediengruppe geltend zu machen, um auch auf diesem Wege eine Schließung der Druckerei in Hannover-Kirchrode zu verhindern,
3. im Falle des Abschlusses eines Sozialplanes über die sie tragenden Parteien und deren Einfluss auf die Anteilseigner der Madsack Mediengruppe dafür Sorge zu tragen, dass diejenigen Arbeitsplätze, die aufgrund der Fremdvergabe von Druckaufträgen bei Dritten neu entstehen, vorrangig an bisherige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Druckerei in Hannover-Kirchrode vergeben werden.

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender